

Geschäftsordnung des VfR Neumünster von 1910 e.V.

§ 1	Geltungsbereich
§ 2	Öffentlichkeit
§ 3	Einberufung
§ 4	Beschlussfähigkeit
§ 5	Versammlungsleitung
§ 6	Worterteilung und Rednerfolge
§ 7	Anträge
§ 8	Dringlichkeitsanträge
§ 9	Anträge zur Geschäftsordnung
§ 10	Abstimmungen
§ 11	Wahlen
§ 12	Versammlungsprotokolle
§ 13	Inkrafttreten

§ 1 Geltungsbereich

Diese Geschäftsordnung ergänzt die Vereinssatzung und regelt den Ablauf von Sitzungen und Tagungen (nachstehend Versammlungen genannt).

§ 2 Öffentlichkeit

1. Alle Versammlungen der Vereinsorgane und der Abteilungen sind nicht öffentlich. Außer den Mitgliedern haben lediglich geladene Gäste Zutritt und Rederecht.. Weiteres wird auf Antrag geregelt.
2. In einer Versammlung können Einzelgruppen oder Einzelpersonen nicht ausgeschlossen werden, es sei denn, die Aufrechterhaltung der Ordnung ist gefährdet oder es werden Tagesordnungspunkte behandelt, die sie persönlich betreffen.

§ 3 Einberufung

1. Die Einberufung der Versammlungen des Vereins richtet sich nach der Satzung.
2. Soweit sie es für den Einzelfall nicht bestimmt, erfolgt die Einberufung durch schriftlichen Einladung durch die Geschäftsführung. Die Tagesordnung ist beizufügen. Die Einladungsfrist beträgt mindestens 7 Tage. Mündliche Einberufungen und kürzere Fristen sind nur mit Zustimmung sämtlicher Versammlungsteilnehmer zulässig. Eine Versammlung muss durchgeführt werden, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder des entsprechenden Gremiums dies verlangt.
3. Der Vorstand ist in jedem Falle durch Übersendung der Einberufungsunterlagen zu informieren.

§ 4 Beschlussfähigkeit

1. Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach den Bestimmungen der Satzung.
2. Soweit sie es für den Einzelfall nicht bestimmt, ist eine Versammlung solange beschlussfähig, bis das Gegenteil nach einem Antrag auf Überprüfung vom/von der Versammlungsleiter/in erklärt wird. Ergibt die Überprüfung der Beschlussfähigkeit, dass mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder nicht anwesend ist, so ist sie aufzulösen und innerhalb von 14 Tagen neu einzuberufen, wenn noch offene Tagesordnungspunkte zu verabschieden sind.

§ 5 Versammlungsleitung

1. Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, werden die Versammlungen vom/von der Vorsitzenden des jeweiligen Organs (Versammlungsleiter/in) eröffnet, geleitet und geschlossen.
2. Falls der/die Versammlungsleiter/in und seine/ihre satzungsmäßigen Vertreter verhindert sind, wählen die erschienenen Mitglieder aus ihrer Mitte eine/n Versammlungsleiter/in. Das gleiche gilt für Aussprachen und Beratungen, die den/die Versammlungsleiter/in persönlich betreffen.
3. Dem/der Versammlungsleiter/in stehen alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlichen Befugnisse zu (Wort entziehen, Ausschluss von Teilnehmern, Unterbrechung der Versammlung, Auflösung der Versammlung).
4. Nach Eröffnung prüft der/die Versammlungsleiter/in die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung (Form/Frist), die Anwesenheitsliste, die Stimmberechtigung und gibt die Tagesordnung bekannt. Die Prüfungen können delegiert werden.

Über Einsprüche gegen die Tagesordnung oder Änderungsanträge entscheidet die Versammlung ohne Debatte mit einfacher Mehrheit.

5. Die einzelnen Tagesordnungspunkte kommen in der festgesetzten Reihenfolge zur Beratung und Abstimmung.
6. Zur Beratung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes wird ein/e Versammlungsleiter/in aus der Mitte der Versammlung gewählt.

§ 6 Worterteilung und Rednerfolge

1. Zu jedem Punkt der Tagesordnung ist eine Rednerliste aufzustellen. Die Eintragung erfolgt in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Die Rednerliste darf nicht vor Beginn der Aussprache eröffnet werden.
2. Das Wort zur Aussprache erteilt der/die Versammlungsleiter/in. Die Worterteilung erfolgt in der Reihenfolge der Rednerliste.
3. Berichterstatter/innen und Antragsteller/innen erhalten zu Beginn und am Ende der Aussprache ihres Tagesordnungspunktes das Wort. Sie können sich auch außerhalb der Rednerliste zu Wort melden; ihrer Wortmeldung ist vom/von der Versammlungsleiter/in nachzukommen.
4. Der/die Versammlungsleiter/in kann in jedem Fall außerhalb der Rednerliste das Wort ergreifen.

§ 7 Anträge

1. Die Antragsberechtigung, Fristen und Formen regelt die Satzung.
2. Soweit dies für den Einzelfall nicht geregelt ist, ist jedes stimmberechtigte Mitglied antragsberechtigt. Anträge müssen in diesen Fällen mindestens 3 Tage vor dem Versammlungstermin vorliegen. Sie sollen eine schriftliche Begründung enthalten. Der Verzicht auf Schriftform und Vorlagefristen ist nur mit Zustimmung sämtlicher Versammlungsteilnehmer zulässig. Anträge ohne Unterschrift dürfen nicht behandelt werden.
3. Anträge, die sich aus der Beratung eines Antrages ergeben und diesen ändern, ergänzen oder fortführen, sind ohne Feststellung der Dringlichkeit zuzulassen.

§ 8 Dringlichkeitsanträge

1. Für Dringlichkeitsanträge gelten die Bestimmungen des § 12 der Satzung.
2. Über die Dringlichkeit eines Antrages ist außerhalb der Rednerliste sofort abzustimmen, nachdem der Antragsteller gesprochen hat. Je drei Wortmeldungen für und gegen den Antrag sind zuzulassen.

§ 9 Anträge zur Geschäftsordnung

1. Über Anträge zur Geschäftsordnung, auf Schluss der Debatte oder Begrenzung der Redezeit ist außerhalb der Rednerliste sofort abzustimmen, nachdem der/die Antragsteller/in und ein/e Eventuelle/r Gegenredner/in gesprochen haben.
2. Redner/innen, die zur Sache gesprochen haben, dürfen keinen Antrag auf Schluss der Debatte oder Begrenzung der Redezeit stellen.
3. Vor der Abstimmung über einen Antrag auf Schluss der Debatte oder Begrenzung der Redezeit sind die Namen der in der Rednerliste noch eingetragenen Redner/innen zu verlesen.
4. Wird der Antrag angenommen, erteilt der/die Versammlungsleiter/in auf Verlangen nur noch dem/der Antragsteller/in oder Berichterstatter/in das Wort.
5. Anträge auf Schluss der Rednerliste sind unzulässig.

§ 10 Abstimmungen

1. Abstimmungsberechtigt sind nur die in der Versammlung anwesenden, stimmberechtigten Teilnehmer/innen.
2. Die Reihenfolge der zur Abstimmung kommenden Anträge ist vor der Abstimmung deutlich bekanntzugeben.
3. Jeder Antrag ist vor der Abstimmung nochmals durch den Versammlungsleiter zu verlesen.
4. Liegen zu einer Sache mehrere Anträge vor, so ist über den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. Bestehen Zweifel, welcher Antrag der weitestgehende ist, entscheidet die Versammlung.
5. Zusatz-, Erweiterungs- und Unteranträge zu einem Antrag kommen gesondert zur Abstimmung.
6. Abstimmungen erfolgen offen. Der/die Versammlungsleiter/in kann jedoch eine geheime Abstimmung anordnen. Er/sie muss dies tun, wenn es auf Antrag beschlossen wird.
7. Nach Eintritt in die Abstimmung darf das Wort zur Sache nicht mehr erteilt werden.
8. Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet bei allen Abstimmungen die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
9. Angezweifelte Abstimmungen müssen auf Antrag von mindestens 10 % der stimmberechtigten Anwesenden wiederholt werden. Bei Zweifeln über eine Abstimmung kann sie ferner auf Anordnung des/der Versammlungsleiters/-leiterin wiederholt werden.

§ 11 Wahlen

1. Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn sie auf der Tagesordnung vorgesehen und bei der Einberufung bekanntgegeben worden sind.
2. Stellen sich mehrere Kandidaten zur Wahl, so ist diese grundsätzlich geheim in der satzungsmäßig vorgeschriebenen Reihenfolge vorzunehmen, wenn die Versammlung nichts anderes beschließt.
3. Vor Wahlen ist ein Wahlausschuss mit mindestens drei Mitgliedern zu bestellen, der die Aufgabe hat, die abgegebenen Stimmen zu zählen und zu kontrollieren.
4. Vor dem Wahlgang hat die Versammlung zu prüfen, ob die zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten die Voraussetzungen erfüllen, die die Satzung vorschreibt.

5. Ein Abwesender kann gewählt werden, wenn der Versammlung vor der Abstimmung eine schriftliche Erklärung vorliegt, aus der die Bereitschaft, die Wahl anzunehmen, hervorgeht.
6. Vor der Wahl sind die Vorgeschlagenen zu befragen, ob sie sich zur Wahl stellen. Der/die Gewählte ist zu befragen, ob er/sie das Amt annimmt.
7. Scheidet ein/e Vorsitzende/r der Vereinsorgane (Vorstand ausgenommen) und Abteilungen während einer Legislaturperiode aus, hat das betreffende Gremium ein geeignetes Ersatzmitglied zu benennen, das bis zur nächsten satzungsgemäß festgelegten Wahl kommissarisch tätig wird. Bleibt der Vorsitz unbesetzt, ist der Vorstand berechtigt, eine Berufung auszusprechen.

§ 12 Versammlungsprotokolle

1. Die Protokollführung richtet sich nach den Vorgaben der Satzung.
2. Protokolle über Mitgliederversammlungen und der Jugendversammlungen sind innerhalb von 4 Wochen nach der jeweiligen Sitzung für die Dauer von 1 Monat öffentlich auszuhängen.
3. Soweit nicht zwingende Bestimmungen entgegenstehen, gelten die Protokolle über Mitgliederversammlungen und Jugendversammlungen als angenommen, wenn innerhalb der Aushangfrist kein schriftlicher Einspruch gegen die Fassungen erhoben worden ist.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt nach Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Geschäftsordnung außer Kraft.

Diese Geschäftsordnung wurde von der Mitgliederversammlung am 21.04.2006 beschlossen.

gez. Herbert Sander
(1. Vorsitzender)